

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail der Herren F. Klinkhammer und V. Bräutigam vom 18.09.2017 zu einem #kurzerklärt-Beitrag vom 15.09.2017

In einer Programmbeschwerde vom 18.09.2017 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam die Berichterstattung von ARD-aktuell am 15.09.2017. Kernpunkt ihrer Kritik ist der Bericht „#kurzerklärt: Nimmt die Ungleichheit in Deutschland zu?“ Die Herren Klinkhammer und Bräutigam bezeichnen ihn als „Musterfall regierungsfrommer Propaganda“. In ihrer Programmbeschwerde werfen sie dem Autoren vor, er sei mit statistischen Tricks zu einer „realitätsfernen Bewertung der sozialen Kluft, die unsere Gesellschaft spaltet“ gelangt.



Dazu nimmt die Redaktion wie folgt Stellung:

Der Zustand der ungleichen Verteilung von Vermögen wird nicht verharmlost. Im Gegenteil heißt es im #kurzerklärt bereits zu Beginn: „Nur die Hälfte der Deutschen hat laut ARD-Deutschlandtrend noch das Gefühl, dass es hierzulande gerecht zugeht. Verständlich, schaut man sich die Verteilung von Vermögen in Deutschland an.“ Zum anderen ist auch das schlechte Zeugnis für Teile der Bildungspolitik zum Ende des #kurzerklärt nicht rühmlich für die Bundesregierung. So heißt es: „Doch genau bei der Chancengerechtigkeit hapert es. [...] Und so erreicht auch nur jeder Zehnte einen Studienabschluss, wenn die Eltern kein Abitur haben. Damit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern unter den OECD-Ländern. Dabei wäre Bildung die Möglichkeit, um Aufstiegschancen zu schaffen und Ungleichheit zu bekämpfen.“

Des Weiteren zweifeln die Herren Klinkhammer und Bräutigam an den Zahlen, die in dem Beitrag zum Themenkomplex „Schere zwischen Arm und Reich bei Vermögen und Einkommen“ verwendet werden. Bezüglich der Vermögensverteilung bezieht sich der Bericht auf die Zahlen des Sozioökonomischen Panels (kurz: SOEP), das jährlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wird. Den Trend, dass die wohlhabenderen zehn Prozent der Deutschen seit 2002 einen über den Zeitraum gleichbleibend großen Teil des gesamten Vermögens in Deutschland besitzen, bestätigen aber auch andere Befragungen wie beispielsweise die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes. Beides ist zu finden auf den Online-Seiten des Armuts- und Reichtumsberichts (<http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de>). Eine weitere Quelle: die PHF-Erhebungen der Deutschen Bundesbank, nachzulesen im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 2016 (zu finden unter www.bundesbank.de). Tatsächlich fehlen in vielen Erhebungen die Top-Vermögenden, da es keine offiziellen Registerdaten zur Vermögenssituation in Deutschland gibt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat versucht, diese in einer Studie zu schätzen und so die Daten des SOEP zu ergänzen. Doch selbst dann bleibt das Verhältnis der Vermögensverteilung laut DIW seit 2002 stabil (siehe Abbildung 3, DIW Wochenbericht Nr. 7 vom 11.02.2015).

Bezüglich der Einkommensentwicklung stammen die in dem #kurzerklärt genannten Zahlen aus der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)). Konkret geht es jeweils um das so genannte Nettoäquivalenzeinkommen. Eine Kennzahl, die gerade berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die Menschen leben, um das Wohlstandsniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen. Die Petenten schreiben dagegen, dass ein Vergleich der „nur vage schätzbaren Einkommen plus der Vermögen des reichsten ein Prozent der Bevölkerung“ aussagekräftiger wäre. Da sich ARD-aktuell nur ungern auf „vage Schätzungen“ beruft, haben wir lieber die Zahlen des EU-SILC verwendet.

Die Einkommenssumme der obersten 20 Prozent der Einkommensverteilung in Relation zur Einkommenssumme der untersten 20 Prozent zu setzen, war dabei keine willkürlich gewählte Größe. Diese S80/S20-Rate führt auch das Statistische Bundesamt an. Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind außerdem die Palma-Ratio und der Gini-Koeffizient zu finden – beide Indikatoren bestätigen die getätigten Aussagen. So steht auch in der Kurzzusammenfassung des Berichts auf Seite 10, dass die Einkommensverteilung auf ihrem Niveau verbleibt.

Die Aussage, dass ein höherer Bildungsgrad zu einem höheren Einkommen verhilft, ist sicherlich nicht als „Verhöhnung der gesamten Arbeitnehmerschaft“ zu verstehen und auch keine „Plattitüde“. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat dies in ihrer neuen Studie „Bildung auf einen Blick 2017“ gerade erst wieder festgestellt. Akademiker verdienen im Vergleich zu Nicht-Akademikern im Schnitt 56 Prozent mehr Geld. Natürlich können in Deutschland nicht alle zu Akademikern werden, um die Ungleichheit bei den Einkommen zu beseitigen. Aber mit den im #kurzerklärt zusammengetragenen Fakten wird noch einmal deutlich, dass nicht alle Kinder mit den gleichen Chancen starten und daher der soziale oder monetäre Aufstieg schwierig ist und sich allein dadurch bereits Ungleichheit verfestigt. Genau das steht auch in dem tagesschau.de-Artikel vom 12.04.2017, den sie zitieren und darin einen scheinbaren Widerspruch zum #kurzerklärt sehen. Es heißt im Artikel, dass es in den 90er Jahren noch andere Einkommensverhältnisse gegeben habe. Tatsächlich ist die Schere, um im Bild aus dem #kurzerklärt zu bleiben, im Vergleich zu den 80er oder 90er Jahren weiter aufgegangen. Seit Beginn der Nullerjahre jedoch nicht mehr. Im Artikel steht weiter: „Eine verfestigte Ungleichheit“ weist der Bericht bei den Vermögen aus.“ Im #kurzerklärt wird dies mit den Worten übersetzt: „Aber, sie geht auch nicht weiter zu.“

Die Vorwürfe der Petenten weisen wir damit zurück. Einen Verstoß gegen die Programmgrundsätze sehen wir nicht gegeben.

Hamburg, 09.10.2017

Dr. Kai Gniffke
Erster Chefredakteur ARD-aktuell

